

KURZ UND PRÄGNANT

Bürokratie-Paket

„Ein Jahr nach der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder aus Hartz IV-Familien steht fest: Wirkung fast völlig verfehlt!“, sagt Matthias Bärwolff. „Zwar haben die Kinder jetzt Anspruch auf Klassenfahrten und Vereinsmitgliedschaften, aber das starre bürokratische Monster geht an ihren Lebensrealitäten vorbei.“ Mit Blick auf Anträge, Bescheide, Gutscheine etc. betont der LINKE Sozialpolitiker: „Wir brauchen keine weiteren Hürden und Stigmatisierungen, sondern eine bessere Ausstattung von Kitas und Schulen sowie der Jugendhilfe-, Sport- und Kulturlandschaft für Kinder und Jugendliche.“ Da die Mittel nicht zweckgebunden seien, „sind die Kommunen frei in deren Verwendung und so hat der Erfurter Stadtrat dafür gesorgt, dass überzählige 900.000 Euro aus den Mitteln des Bildungspakets in den Straßenbau fließen“. Notwendig sei auch eine Erhöhung des Regelsatzes für Kinder aus Hartz IV-Familien. ■

Zur „Pflegereform“

Die angekündigten Verbesserungen bei der Versorgung von Demenzzkranken seien „längst überfällig“ gewesen, so MdL Jörg Kubitzki. Allerdings würden die grundsätzlichen Probleme der Pflege nicht geklärt. So sei der jetzige Begriff der Pflegebedürftigkeit überholt und gehe am Leben vorbei. „Wir brauchen einen Pflegebegriff, der vor allem die Erhaltung der Lebensqualität hervorhebt. Damit muss die gegenwärtige Reglementierung der Pflegeleistung für Pflegebedürftige aufgehoben werden“, fordert der Abgeordnete der LINKEN. Nur Pflegebedürftige selbst wüssten, was sie zum Erhalt ihrer Lebensqualität wirklich brauchen. Zu einer Reform der Pflege gehöre auch eine bessere Entlohnung der Pflegekräfte. ■

Frohe Osterfeiertage!



Bei der LINKEN sind die Ostereier natürlich rot und also gut zu finden. Die Landtagsabgeordnete, Karola Stange, hat sich in ihrem Erfurter Wahlkreis als Osterhäsin betätigt und auch die Redaktion des Parlamentsreports schließt sich den guten Wünschen für frohe Osterfeiertage gern an. ■

„Geheimdienst vergiftet politisches Klima“

VS-Ausschnüfflung von Bodo Ramelow jetzt vor dem Bundesverfassungsgericht

Die jahrelange juristische Auseinandersetzung um die skandalöse Ausschnüfflung von Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, durch den Inlandsgeheimdienst „Bundesamt für Verfassungsschutz“ geht in die heiße Phase. Vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist die letzte Etappe des deutschen Instanzenweges erreicht.

Das Gericht habe jetzt Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Landesregierungen und Landtage über die Verfassungsbeschwerde informiert und ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben, informierte der LINKE Politiker (Archiv-Foto: Bodo Ramelow im Foyer des Oberverwaltungsgerichts in Münster im Februar 2009, wo über seine Klage verhandelt wurde).

Endlich müssen klare Schutzregelungen her

Vor dem Bundesverfassungsgericht wird ein Organstreitverfahren der Bundestagsfraktion DIE LINKE der Wahlperiode 2005 bis 2009 zusammen mit der persönlichen Verfassungsbeschwerde von Bodo Ramelow verhandelt (Aktenzeichen 2 BvE 4/07 und 2 BvR 2436/10).

Dass das Bundesverfassungsgericht jetzt bundesweit den Parlamenten Gelegenheit zu Stellungnahmen gebe, zeige, dass es längst nicht nur um die Schnüffelpraxis der Geheimdienstler in seinem Fall gehe, so Ramelow. Es ste-

he vielmehr das Verhältnis von Regierung und Parlament in der Demokratie generell im Fokus. „Darf die Regierung die Abgeordneten und damit auch die



Opposition kontrollieren oder sind hier endlich klare Schutzregelungen zu treffen?“, fragt der Abgeordnete.

Es sei schließlich eine Grundfrage der verfassungsmäßigen Ordnung betroffen, denn zu deren Kernprinzipien zähle das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition. Die werde aber durch die Schnüffelei in ihrer Arbeit behindert. Bodo Ramelow: „Reden wir doch Klartext – der Geheimdienst vergiftet im Regierungsauftrag das politische Klima!“

Deshalb müsse es strikt unterbunden werden, dass Regierungsparteien

die politische Auseinandersetzung mit der Opposition mit Geheimdienstmitteln führen, so der Fraktionsvorsitzende weiter. Gerade in Thüringen gebe es zahlreiche Negativbeispiele, die stets mit der Instrumentalisierung des Inlandsgeheimdienstes durch die CDU verbunden seien.

Umfangreiche Beteiligung der Bundesländer

Abgeordnete der Linkspartei (und vorher der PDS) seien immer wieder bespitzelt worden, das habe schon in der ersten Wahlperiode des Thüringer Landtags begonnen. Im Jahr 1994 habe die CDU-Fraktion kurz vor der Landtagswahl gezielt Informationen über die PDS direkt beim Verfassungsschutz abgefragt, was der damalige Innenminister Franz Schuster als völlig normalen Vorgang bezeichnet habe.

Bodo Ramelow erinnert zudem an die Bespitzelung von Kommunalpolitikern der Freien Wähler unter dem damaligen Thüringer Innenminister Christian Köckert, aber auch an zwei Broschüren von CDU bzw. CDA in Thüringen, die 1999 im Wahlkampf gegen den heutigen Fraktionsvorsitzenden eingesetzt wurden und die man offenbar fast wortgleich aus seiner Verfassungsschutzakte abgeschrieben hatte.

Ausdrücklich begrüßt Bodo Ramelow die umfangreiche Beteiligung der Bundesländer, die das Bundesverfassungsgericht jetzt vornehme. Das sei angesichts der großen Bedeutung des Themas der richtige Weg. St. Wogawa ■

Arbeit an Maschine mehr wert als in der Pflege?

Am 21. März stand der Equal Pay Day auch im Thüringer Landtag auf der Tagesordnung. Im Folgenden Auszüge aus der Rede der Abgeordneten der LINKEN Ina Leukefeld:

Wenn man erwerbstätige Frauen in Thüringen charakterisieren wollte, müsste man sagen, gut gebildet, flexibel, oft prekär beschäftigt, meistens unterbezahlt. Frauen haben in Deutschland im vergangenen Jahr mindestens ein Fünftel weniger Geld bekommen als Männer, das ist eine Schande für eine Gesellschaft, die sich immer für so emanzipiert hält.

Und es zeigt auch, dass jede Debatte über Frauenquoten zuallererst am Portemonnaie ansetzen muss. Es ist so, dass Männer mehr verdienen in weniger Zeit. Rechnet man das auf das Jahr um, haben die Frauen bis zum 24. März ganz umsonst gearbeitet und verdienen erst danach genauso viel wie die Männer. Laut Statistischem Bundesamt bekommen sie im Schnitt pro Stunde 4,62 Euro weniger ausgezahlt. Im Jahr 2008 wurden in Deutschland 56 Mrd. Arbeitszeitstunden bezahlt ge-

leistet und 96 Mrd. Arbeitszeitstunden – also fast das Doppelte – unbezahlt, und dies hauptsächlich durch Frauen.

Wenn man heute sagen würde, Ehrenamt raustreten in vielen Städten und Gemeinden, dann kommen als erstes die Frauen und dann würden viele Leistungen gar nicht mehr stattfinden, viel Arbeit würde gar nicht mehr geleistet werden, weil sie nicht finanziert wird. Deswegen bleiben wir dabei, dass wir sagen: Gute Arbeit für Frauen und auch für Männer ist an der Tagesordnung. 43 Prozent aller erwerbstätigen Frauen verdienen weniger als 8,50 Euro in Thüringen.

34 Prozent der Erwerbstätigen insgesamt sind im Niedriglohnsektor, bei den Jugendlichen ist es jeder Zweite, da liegt die Zahl bei 52 Prozent. Deswegen auch hier noch mal unsere Forderung: Mindestlohn flächendeckend, gesetzlich, existenzsichernd und nicht unter 10 Euro für jede Frau und für jeden Mann, für jede geleistete Arbeitszeitstunde in Erwerbstätigkeit. Wir wissen auch, dass natürlich die Frage der Teilzeitbeschäftigung eine große Rolle spielt. Man muss auch ganz klar sagen,

natürlich wollen Frauen eher auch in Teilzeit arbeiten – das ist auch sicherlich ganz individuell verschieden und es muss auch die Freiheit geben, das zu entscheiden –, aber viele Frauen, auch Männer, wollen mehr arbeiten. Das ist eben nicht möglich, das wird nicht finanziert. Deswegen ist die Tatsache, dass es so viele Teilzeit-, Mini- und Midijobs gibt, die dann auch noch ganz schlecht bezahlt werden, ein absolutes Problem.

Frauenarbeit muss grundsätzlich besser entlohnt werden. Wenn man hier sich noch mal die Differenzen ansieht, ist es so: In unteren und mittleren Gehaltsgruppen sind es 23 Prozent Differenz, in den höheren Gehaltsgruppen sind es sogar 27 Prozent Unterschied im Durchschnitt. Gerade in Pflegeberufen ist es besonders problematisch und das muss mal jemand erklären, warum also leichte Maschinenarbeit besser bezahlt wird als Erziehungsarbeit, als Arbeit in der Pflege, die vorwiegend von Frauen geleistet wird. Deswegen brauchen wir eine Neubewertung von Arbeit. ■